



## **Niederschrift** **(öffentlicher Teil)**

über die 1. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt vom  
26.08.2014

Anwesend:  
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:  
Thomas Suttrup

Die Sitzung fand das Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:30 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

## Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Bestellung eines Schriftführers und der Stellvertreter  
Vorlage: FB 3/008/2014
2. Verpflichtung und Einführung der in den Ausschuss gewählten sachkundigen Bürger/innen  
Vorlage: FB 3/010/2014
3. Unwetterschäden vom 09. / 10. Juni 2014 (Sachstandsbericht)  
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 24.06.2014  
Vorlage: FB 3/006/2014
4. Baumaßnahme "Julius-Maggi-Straße"  
hier: Entscheidung über Ausbauart (Anlegung Gehweg / Gestaltung Parkstreifen)  
Vorlage: FB 3/018/2014
5. Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Halterner Str. / Kastanienallee / Reckelsumer Str.  
Fraktionsantrag der CDU Fraktion vom 12.04.2014  
Vorlage: FB 3/017/2014
6. Straßenendausbau in Neubaugebieten  
Fraktionsantrag der SPD vom 21.04.2014  
Vorlage: FB 3/977/2014/1
7. Erneuerung der Straßenentwässerung An den Eichen / Jahnstraße  
hier: Vorstellung des geänderten Bauprogramms  
Vorlage: FB 3/994/2014
8. bauliche Umgestaltung der B 235 / Olfener Straße (Teilabschnitt vom Kreuzungsbereich Bahnhofstraße bis Einmündung Telgengarten)  
hier: Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 11.08.2014  
Vorlage: FB 3/021/2014
9. Ausbau eines Wirtschaftsweges in der Bauerschaft Aldenhövel  
hier: Vorstellung der Ausbauplanung  
Vorlage: FB 3/995/2014
10. Berichte
11. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

12. Sanierung von zwei Wirtschaftswegen in der Bauerschaft Aldenhövel bzw. Westrup  
hier: Auftragsvergabe  
Vorlage: FB 3/011/2014
13. Bericht über vom Bürgermeister erteilte Einvernehmen im Baugenehmigungsverfahren  
Vorlage: FB 3/012/2014
14. Berichte
15. Anfragen

**Öffentlicher Teil:****TOP 1) Bestellung eines Schriftführers und der Stellvertreter  
Vorlage: FB 3/008/2014****Beschluss:**

Für die auszufertigenden Niederschriften über die im Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt gefassten Beschlüsse werden bestellt:

als Schriftführerin:	Frau Stadtamtsrätin Ellen Trudwig
als 1. stellvertretende Schriftführerin:	Frau Stadtoberinspektorin Julia Fladderak
als 2. stellvertretende Schriftführerin:	Frau Stadtoberinspektorin Sabine Liebing

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 2) Verpflichtung und Einführung der in den Ausschuss gewählten sachkundigen Bürger/innen  
Vorlage: FB 3/010/2014**

Der Ausschussvorsitzende führt die dem Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt zugehörigen sachkundigen Bürger unter Verwendung der in der Sitzungsvorlage genannten Formel in ihr Amt ein und verpflichtet Frau Schulze Meinhövel, Herrn Barendregt, Herrn Kostrzewa-Kock, Herrn Wagner, Herrn Weniger und Herrn Dr. Wischnewski in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

**TOP 3) Unwetterschäden vom 09. / 10. Juni 2014 (Sachstandsbericht)  
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 24.06.2014  
Vorlage: FB 3/006/2014**

Stv. Havermeier erläutert einfühend die Hintergründe für den von der SPD-Fraktion gestellten Antrag. Ziel sei es gewesen, einen Überblick darüber zu erhalten, welche Auswirkungen der Sturm im Lüdinghauser Stadtgebiet gehabt habe.

Darüber hinaus bittet er um Mitteilung, ob Landeshilfen in Anspruch genommen werden können.

Herr Steenweg zeigt anhand eines Bildvortrages das aktuelle Schadensbild auf. Er erläutert, dass sich die vorläufig ermittelte Schadenssumme (einschließlich Asphaltsschäden) auf einen Betrag in Höhe von rd. 400.000 € belaufe. Diese Summe sei über den Kreis Coesfeld bereits an das Land weitergeleitet worden.

Herr Steenweg erläutert, dass für die Zukunft Lehren aus dem Sturmereignis, insbesondere in Bezug auf die Auswahl von Baumarten und die jeweiligen Standorte gezogen würden.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Bürgermeister Borgmann berichtet, dass nach einer ersten Pressemitteilung des Landes die Stadt Lüdinghausen nicht zu den Kommunen gehöre, denen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt würden. Er sagt zu, die weiteren Hintergründe für die ablehnende Mitteilung zu hinterfragen.

Stv. Holz spricht im Namen der CDU-Fraktion allen ehrenamtlichen Helfern, die mitgewirkt haben, die Sturmschäden zu beseitigen, seinen ausdrücklichen Dank aus. Der Dank gehe auch an die Mitarbeiter der Verwaltung und insbesondere des städtischen Bauhofes, die in den letzten Wochen Unglaubliches geleistet hätten.

Darüber hinaus hebt er positiv hervor, dass im Stadtgebiet lediglich Sachschäden entstanden seien, Personen hingegen glücklicherweise nicht verletzt wurden.

Abschließend weist Stv. Holz darauf hin, dass in den Baumkronen noch zahlreiche beschädigte Äste vorhanden seien. Er appelliert an die Bevölkerung, sich dieser Gefahr bewusst zu werden und sich dementsprechend zu verhalten.

skB. Dr. Wischnewski schließt sich der Aussage von Stv. Holz dahingehend an, dass auch er die Solidarität der Bürger sowie den Einsatz der ehrenamtlichen Helfer und der Verwaltung lobend hervorhebt.

Er sieht es als wahrscheinlich an, dass zukünftig verstärkt außergewöhnlich starke Unwetter auftreten werden. Eine entscheidende Bedeutung komme aus seiner Sicht zukünftig dem Hochwasserschutz zu. Es sei zu prüfen, ob präventive Maßnahmen gegen Hochwasserschäden getroffen werden sollten.

Stv. Wannigmann regt an, zukünftig bereits bei der Aufstellung von Bebauungsplänen Regelungen aufzunehmen, die dem Wasserrückhalt dienen; er nennt exemplarisch eine Begrünung von Gebäudedächern.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **TOP 4) Baumaßnahme "Julius-Maggi-Straße" hier: Entscheidung über Ausbauart (Anlegung Gehweg / Gestaltung Parkstreifen) Vorlage: FB 3/018/2014**

Herr Herrmann erläutert einleitend die in der Sitzungsvorlage dargestellten Ausbauvarianten.

Stv. Holz spricht sich im Namen der CDU-Fraktion - aufgrund der Ausweisung eines Gewerbegebietes sowie des hohen Parkdruckes - für eine Verbreiterung des Parkstreifens aus. Neben der Umsetzung der Ausbauvariante 3 solle auch der auf der westlichen Straßenseite vorgesehene Gehweg angelegt werden.

Stv. Wannigmann befürwortet ebenfalls die Umsetzung der Ausbauvariante 3. Er regt jedoch an, eine zeitliche Beschränkung der zulässigen Parkdauer einzuführen, um ein Dauerparken, insbesondere an Wochenenden, zu vermeiden.

skB. Wagner und skB. Kostrzewa-Kock bringen zum Ausdruck, dass auch die FDP-Fraktion bzw. die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen die Umsetzung der Ausbauvariante 3 favorisiere.

Stv. Havermeier befürwortet die Anlegung eines Gehweges entlang der Julius-Maggi-Straße. Er regt an zu prüfen, ob eine Verbreiterung der Parkbuchten auf 2,50 m ausreichend sei, um den Ankauf von privaten Grundstücksflächen möglichst gering zu halten.

Ausschussvorsitzender Suttrup stellt abschließend beide in der Sitzungsvorlage formulierten Beschlussvorschläge zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Ausschuss spricht sich für die Umsetzung der im Sachverhalt dargestellten Ausbauvariante 3 aus.

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	2

Es wird die Empfehlung an den Rat ausgesprochen, den für die Investitionsmaßnahme „30038 STRAS „Julius-Maggi-Str., Ausbau Gehweg“ angebrachten Sperrvermerk aufzuheben.

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 5) Einrichtung eines Kreisverkehres an der Kreuzung Halterner Str. / Kastanienallee / Reckelsumer Str.  
Fraktionsantrag der CDU Fraktion vom 12.04.2014  
Vorlage: FB 3/017/2014**

Stv. Holz erläutert einfühend, aus welchen Gründen die CDU-Fraktion die Errichtung eines Kreisverkehres im Kreuzungsbereich Halterner Straße / Kastanienallee / Reckelsumer Straße angeregt hat.

In dem Kreuzungsbereich, welcher auch von Grundschulkindern als Schulweg gequert werde, sei eine deutlich erhöhte Geschwindigkeit der Fahrzeuge zu beobachten. Ziel der CDU-Fraktion sei es gewesen, mit geringem finanziellen Aufwand eine Geschwindigkeitsreduzierung zu erreichen.

Aufgrund der Höhe der im Sachverhalt aufgeführten Baukosten rege die CDU-Fraktion an, zunächst zu unterschiedlichen Tageszeiten Verkehrszählungen durchzuführen, um festzustellen, wie hoch die Verkehrsdichte in den kreuzenden bzw. einmündenden Straßen ist.

Auf dieser Grundlage solle sodann nochmals im Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt beraten werden.

skB. Barendregt hält das Aufstellen von Verkehrsschildern für Ziel führend. Er befürchtet, dass durch das Aufbringen eines Minikreisels ein Überfahren des Kreuzungsbereiches mit hoher Geschwindigkeit nicht unterbunden werden kann.

skB. Kostrzewa-Kock erklärt, dass aus Sicht der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen kein Erfordernis bestehe, einen Kreisverkehr zu errichten.

Er regt an, die Vorfahrtsregelung zugunsten der einmündenden Straßen zu ändern. Über eine bauliche Lösung solle erst im Rahmen eines späteren Ausbaus der Kastanienallee nachgedacht werden.

skB. Dr. Wischnewski stellt heraus, dass Kreisverkehre mit dem Ziel angelegt würden, den Verkehrsfluss sicherzustellen. Im Kreuzungsbereich Halterner Str. / Kastanienallee / Reckelsumer Str. sei hingegen ausdrücklich eine Entschleunigung gewünscht.

Er bringt zum Ausdruck, dass er einen Kreisverkehr an dieser Stelle nicht als Ziel führend ansieht. Die UWG-Fraktion schließe sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an.

SkB. Wager erklärt, dass auch die FDP-Fraktion den von der Verwaltung formulierten Beschlussvorschlag mittrage.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, Abstimmungsgespräche mit der Straßenverkehrsbehörde sowie der örtlichen Polizeibehörde zu führen, mit dem Ziel, durch nicht bauliche Maßnahmen auf eine Reduzierung der Geschwindigkeit im Kreuzungsbereich Halterner Str. / Kastanienallee / Reckelsumer Str. hinzuwirken.

Des Weiteren erhält die Verwaltung den Auftrag, zu verschiedenen Tageszeiten Verkehrszählungen durchzuführen, um verlässliche Aussagen zur Verkehrsdichte der einmündenden bzw. kreuzenden Straßen zu erhalten. Die Ergebnisse sollen in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt vorgestellt werden.

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 6) Straßenendausbau in Neubaugebieten**  
**Fraktionsantrag der SPD vom 21.04.2014**  
**Vorlage: FB 3/977/2014/1**

Stv. Havermeier erläutert, dass es Intention der SPD-Fraktion sei, den Anliegern eines Baugebietes zukünftig zwei verschiedene Ausbaualternativen (Asphaltbauweise und Pflasterbauweise) vorzustellen, bevor eine inhaltliche Beratung über den Ausbau im Fachausschuss erfolge.

Stv. Holz gibt zu bedenken, dass die Grundzüge für einen späteren Straßenausbau bereits im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens festgelegt würden. Er regt an, die Art und Weise des vorgesehenen Straßenausbaus zukünftig verstärkt bei der Aufstellung des Bebauungsplanes zu diskutieren.

Er weist darauf hin, dass ein Endausbau in Asphaltbauweise aus seiner Sicht erst erfolgen könne, sofern eine vollständige Bebauung des Gebietes vorliege.

Die CDU-Fraktion spreche sich dafür aus, Grundstückskäufern zukünftig ein Info-Blatt auszuhändigen, in dem alle wichtigen Angaben zu einem späteren Straßenendausbau (z.B. Zeitplan, weitere Vorgehensweise, Straßenhöhen etc.) zusammengestellt werden.

Stv. Wannigmann hält es für sinnvoll, die Hauptzufahrtsstraßen in Baugebieten zukünftig in Asphaltbauweise herzustellen und lediglich die untergeordneten Straßenzüge zu pflastern. Die Stadt müsse den Bürgern eine Ausbauempfehlung vorlegen.

skB. Barendregt berichtet, dass für Anlieger bislang keine Wahlmöglichkeit in Bezug auf die Ausbauvariante bestanden habe. Er gibt zu bedenken, dass auch ein Ausbau in Pflasterbauweise oftmals erst vorgenommen werde, sobald alle Grundstücke bebaut sind. Er halte die Folgekosten bei einem Straßenausbau in Asphaltbauweise für geringer als bei einer Pflasterung der Straßen.

skB. Weniger weist darauf hin, dass über Verfahrensfragen beraten werde. Zu klären sei die Frage, inwieweit die Anlieger im Vorfeld bereits in die Entscheidung über den Straßenausbau einzubeziehen sind. Er gibt zu bedenken, dass die Käufer der Grundstücke bei Aufstellung eines Bebauungsplanes oftmals noch nicht bekannt seien.

Bürgermeister Borgmann verdeutlicht, dass in allen bislang durchgeführten Bürgerversammlungen immer ein Konsens mit den Anliegern erzielt werden konnte. Die Bürger hätten in diesen Versammlungen die Möglichkeit gehabt, sich zu dem Straßenendausbau zu äußern. Die Politik habe bei der bisherigen Vorgehensweise ausreichend Möglichkeiten, auf Bürgerwünsche einzugehen. Er gibt zu bedenken, dass bei der Erstellung einer Ausbauplanung oftmals rechtliche Zwänge zu berücksichtigen sind. Bei einer Bürgerbeteiligung vor der inhaltlichen Beratung im zuständigen Fachausschuss sehe er die Gefahr, dass den Anliegern suggeriert werde, dass ihre Wünsche uneingeschränkt umgesetzt würden.

Ausschussvorsitzender Suttrup bestätigt, dass bei einem bevorstehenden Straßenendausbau bislang immer eine Bürgerbeteiligung erfolgt sei. Er halte die Vorgabe eines rechtlichen Rahmens, auf dessen Grundlage eine Diskussion geführt werden könne, für erforderlich.

Darüber hinaus weist er darauf hin, dass in der Vergangenheit bereits häufig über die Alternativen Pflaster- oder Asphaltbauweise diskutiert worden sei. Es sei in diesem Zusammenhang die Aussage getroffen worden, dass die Kosten für die Umsetzung beider Varianten annähernd gleich seien.

Stv. Havermeier bringt zum Ausdruck, dass das Informationsbedürfnis der Anlieger bei einem Straßenendausbau über die im Rahmen eines Bebauungsplanes enthaltenen Regelungen hinausgehe. Von den Anliegern würden vielfach Detailfragen, etwa zur optischen und farblichen Gestaltung sowie zur Materialauswahl gestellt.

Eine Auswahloption in Bezug auf die Art und Weise des Straßenendausbaus sei aus seiner Sicht bislang nicht vorhanden gewesen.

skB. Dr. Wischnewski erklärt, dass er die Beständigkeit der Straßenoberfläche als entscheidendes Kriterium ansehe. Um eine höchstmögliche Haltbarkeit zu gewährleisten, solle auch über Alternativen zur Pflasterbauweise nachgedacht werden. Er halte es für sinnvoll, dass ein Fachbüro in der Bürgerversammlung einen konkreten Vorschlag zum Straßenausbau unterbreite.

skB. Kostrzewa-Kock regt an, in den Bebauungsplan einen Hinweis aufzunehmen, in welcher Form bzw. Ausbauvariante die Straßen endgültig ausgebaut werden sollen.

Bürgermeister Borgmann bittet zu bedenken, dass bis zum Zeitpunkt des Straßenendausbaus Anpassungen des Bebauungsplanes erforderlich werden könnten.

Ausschussvorsitzender Suttrup stellt zunächst den von der SPD-Fraktion formulierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

#### Beschlussvorschlag:

Die Ausbauplanungen über die erstmalige, endgültige Herstellung von Verkehrsflächen in Neubaugebieten wird zukünftig zunächst den betroffenen Anliegern bzw. Grundstückseigentümern in einer entsprechenden Versammlung vorgestellt. Den Betroffenen werden zwei alternative Vorentwürfe (Pflaster- und Asphaltbauweise) präsentiert, die Vor- und Nachteile beider Bauweisen werden von der Verwaltung aufgezeigt. Die Ratsfraktionen werden rechtzeitig informiert und haben die Möglichkeit an dem Termin teilzunehmen.

Anschließend werden die Planungen dem Fachausschuss vorgestellt, mit einem Bericht aus der Anlieger-/Eigentümerversammlung.

Die endgültige Entscheidung über die Bauart trifft der zuständige Fachausschuss, das Votum der Betroffenen ist dabei zu berücksichtigen.

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	9
Enthaltungen:	1

Im Anschluss lässt der Ausschussvorsitzende über den von der CDU-Fraktion formulierten Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

Die bisherige Vorgehensweise, nach der über die Art und Weise des endgültigen Ausbaus der Erschließungsanlagen in Neubaugebieten zuerst im zuständigen Fachausschuss beraten wird, soll beibehalten werden. Im Anschluss an die Beratung im zuständigen Fachausschuss werden die Anlieger über die Ausbauplanung informiert. Bei Änderungswünschen, die die Grundzüge der Planung betreffen, ist über die Ausbauplanung erneut im Ausschuss zu beraten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Käufer von Wohnbaugrundstücken zukünftig in Form eines (bei Abschluss des Grundstückskaufvertrages auszuhändigenden) Informationsblattes über den späteren Straßenendausbau zu informieren.

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	6
Enthaltungen:	1

**TOP 7) Erneuerung der Straßenentwässerung An den Eichen / Jahnstraße  
hier: Vorstellung des geänderten Bauprogramms  
Vorlage: FB 3/994/2014**

Ausschussvorsitzender Suttrup erläutert einfühend, dass die Kenntnisnahme und Zustimmung des geänderten Bauprogramms formal für die beitragsrechtliche Abrechnung der Baumaßnahme erforderlich sei.

Herr Herrmann ergänzt, dass ohne einen ausdrücklichen Beschluss der endgültig umgesetzten Ausbauplanung die Gefahr bestehe, dass die an die Anlieger versandten Beitragsbescheide - im Falle einer eingereichten Klage - aus formalen Gründen vom zuständigen Verwaltungsgericht aufgehoben würden.

**Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt die Bauprogramme zur Kenntnis und erteilt seine Zustimmung.

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 8) bauliche Umgestaltung der B 235 / Olfener Straße (Teilabschnitt vom Kreuzungsbereich Bahnhofstraße bis Einmündung Telgengarten)  
hier: Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 11.08.2014  
Vorlage: FB 3/021/2014**

Stv. Havermeier erläutert einfühend den Inhalt des von der SPD-Fraktion gestellten Antrages.

Er weist darauf hin, dass es sich bei der B 235 / Olfener Straße um eine hoch frequentierte Straße handele. Vor dem Hintergrund, dass Lärm krank mache, sehe er es als wichtige Aufgabe an, die Baumaßnahme derart umzusetzen, dass die Lärmbelastung für die Anlieger auf ein Mindestmaß reduziert werde.

Die vom Landesbetrieb im Jahr 2011 abgegebene, ablehnende Stellungnahme sehe er nicht als ausreichend an. Vielmehr seien zwischenzeitlich neue Erkenntnisse und Erfahrungswerte zum Einbau von lärmoptimierten Asphalt vorhanden. Ein Einbau von lärmoptimierten Asphalt sei bereits ab einer Geschwindigkeit von 50 km/h als sinnvoll anzusehen.

Ziel der SPD-Fraktion sei es, die im Fraktionsantrag aufgeführten Anregungen in die mit dem Landesbetrieb Straßen NRW noch zu schließende Vereinbarung aufzunehmen.

Stv. Holz schließt sich der Aussage von Stv. Havermeier grundsätzlich an. Er weist jedoch darauf hin, dass die Zuständigkeit für den Ausbau der B 235 / Olfener Straße beim Landesbetrieb Straßen NRW liege. Der von der Verwaltung formulierte Beschlussvorschlag werde von der CDU-Fraktion mitgetragen. Eine Weiterleitung an den Landesbetrieb solle möglichst zusammen mit dem im Ausschuss getroffenen Votum erfolgen.

Vor dem Hintergrund, dass er von mehreren in ihrer Sehkraft beeinträchtigten Bürgern angesprochen worden sei, unterstreicht Stv. Holz nochmals das Erfordernis, den Kreuzungsbereich „Olfener Straße / Bahnhofstraße“ barrierefrei auszubauen.

skB. Kostrzewa-Kock erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen dem Antrag der SPD-Fraktion zustimme. Er sehe es als Verpflichtung an, Lärmbelastungen so weit wie möglich zu mindern. Ergänzend regt er eine ebene Führung des Radweges an.

Herr Herrmann erläutert, dass die vorgebrachten Anregungen an den Landesbetrieb weitergeleitet werden. Er berichtet, dass eine Aktualisierung der in der Ausschusssitzung am 12.12.2013 vorgestellten Ausbauplanung seitens des Landesbetriebes noch nicht erfolgt sei.

Ausschussvorsitzender Suttrup weist darauf hin, dass die vorgesehene Umgestaltung der B 235 / Olfener Straße auf positive Resonanz gestoßen sei und auch von dem Ausschuss begrüßt werde. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass ein Ausbau grundsätzlich in Frage gestellt werde, da ansonsten die Umsetzung der Maßnahme gefährdet werde.

Bürgermeister Borgmann gibt zu Bedenken, dass der Landesbetrieb Straßen NRW grundsätzlich die gleiche Intention wie die Stadt Lüdinghausen verfolge, nämlich die Bürger so wenig wie möglich zu belasten.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den aktuellen Fraktionsantrag der SPD-Fraktion, welcher auch Erfahrungsberichte der Städte Dortmund und Düsseldorf zur Verwendung von lärmoptimierten Asphalt beinhaltet, an den Landesbetrieb Straßen NRW zwecks erneuter Stellungnahme weiterzuleiten.

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 9) Ausbau eines Wirtschaftsweges in der Bauerschaft Aldenhövel  
hier: Vorstellung der Ausbauplanung  
Vorlage: FB 3/995/2014**

Herr Herrmann weist darauf hin, dass es sich bei dem vorgesehenen Wegeausbau um die erste beitragsfähige Sanierungsmaßnahme im Außenbereich handle, an dessen Kosten sich die Anlieger beteiligen.

Er führt aus, dass ein Erlass von Beitragsbescheiden voraussichtlich nicht erforderlich werde, da die Anlieger sich bereit erklärt hätten, den von ihnen zu übernehmenden Kostenanteil in Form einer freiwilligen Zahlung zu entrichten.

Im Anschluss erläutert Herr Herrmann Einzelheiten der vorgesehenen Wegesanierung.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Stv. Holz zeigt auf, dass der beitragsfähige Ausbau von Wirtschaftswegen lange diskutiert worden sei, bevor eine entsprechende Straßenausbausatzung erlassen worden sei.

Er hebt es als positiv hervor, dass die Anlieger den von ihnen zu übernehmenden Kostenanteil auf Grundlage einer freiwilligen Vereinbarung leisten werden.

Stv. Schulze Uphoff weist auf das Erfordernis hin, die Erreichbarkeit der landwirtschaftlichen Betriebe während der Bauphase sicherzustellen. Insbesondere sei auch eine Befahrbarkeit der Straße für Lkws zu ermöglichen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt das Bauprogramm der vorgesehenen Wegesanierung zur Kenntnis.

**TOP 10) Berichte**

- Fehlanzeige -

**TOP 11) Anfragen**

Stv. Holz erkundigt sich nach dem Zeitpunkt der Fertigstellung des Busfahrerhäuschens am Busbahnhof. Darüber hinaus fragt er an, ob die Anbringung von Videokameras vorgesehen ist, um drohendem Vandalismus vorzubeugen.

Herr Herrmann berichtet, dass es Lieferschwierigkeiten seitens eines beteiligten Gewerkes gegeben habe. Aus diesem Grund sei es zu Zeitverzögerungen bei dem Bau des Aufenthaltsraumes für Busfahrer gekommen. Sobald die Lieferschwierigkeiten behoben sind, sei eine Fertigstellung innerhalb von 2 Monaten realistisch.

Eine Videoüberwachung des Busbahnhofgeländes sei derzeit nicht angedacht.

Des Weiteren verweist Stv. Holz auf einen aktuellen Zeitungsartikel, in dem die Aufgabe des Truppenübungsgeländes Borkenberge zum 31.05.2015 angekündigt worden sei.

Die Flächen für das Übungsgelände seien seinerzeit von Landwirten zur Verfügung gestellt worden. Die frei werdenden Flächen sollten daher nach Aufgabe der derzeitigen Nutzung auch wieder landwirtschaftlich genutzt werden.

Er erkundigt sich, ob die Stadt Lüdinghausen schon über den o.g. Termin informiert worden sei.

Bürgermeister Borgmann verneint dies. Eine Beteiligung der Stadt Lüdinghausen sei bislang noch nicht erfolgt. Er sagt zu, dass die Verwaltung sich nach dem aktuellen Sachstand erkundigen werde.

Stv. Holz bittet die Verwaltung in einer der nächsten Ausschusssitzungen über die Thematik zu informieren. Er hält es für sinnvoll, die seitens der Stadt Lüdinghausen zu verfolgenden Interessen durch einen politischen Beschluss zu untermauern.

skB. Schulze Meinhövel hinterfragt, aus welchen Gründen die Brücke im Bereich Westrup 39 saniert werden soll. Sichtbare Schäden, die eine Sanierung nachvollziehbar erscheinen ließen, seien nicht vorhanden.

Herr Herrmann weist darauf hin, dass sämtliche Brücken im Stadtgebiet durch einen Fachgutachter untersucht worden seien. Eine Sanierung der einzelnen Brücken werde entsprechend der vom Gutachter ausgesprochenen Empfehlung vorgenommen.

Stv. Tüns weist auf bestehende Mängel an Fußwegen im Baugebiet Stevertal hin. Er bittet die Verwaltung um Überprüfung und Beseitigung der Mängel.

Darüber verweist er auf den Zustand des Gehweges vor dem Gelände Pilgrim, welcher durch angrenzenden Bewuchs zugewuchert sei. Diese Problematik sei unter anderem auch in „Facebook“ thematisiert worden.

Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

Stv. Wannigmann bemängelt, dass die Ampelanlage im Bereich Valve und Mühlenstraße für Fahrradfahrer nicht zu bedienen sei. Er regt ein Versetzen der Anlage an.

Darüber hinaus stellt er die Notwendigkeit heraus, alle Radwege derart zu gestalten, dass die Sperrbalken für Fahrradfahrer, insbesondere auch für Behindertenfahrräder passierbar seien.

Stv. Havermeier erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand in Bezug auf die Sanierung des Baugebietes „Rott Nord“.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung in der Niederschrift zu.

#### Nachträglich zu Protokoll:

Es ist vorgesehen, im September 2014 ein Ingenieurbüro mit der Erstellung einer Entwurfs- und Ausführungsplanung (Leistungsphasen 3 – 9 der HOAI) zu beauftragen. Die Ausbauplanung soll in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Verkehr vorgestellt werden. Ein Baubeginn ist für das Jahr 2015 vorgesehen.

Stv. Horstmann weist darauf hin, dass der Bürgersteig im Bereich des Kindergartens Am Hüwel zugewachsen sei. Darüber hinaus bittet er zu überprüfen, ob Abstellmöglichkeiten für Pkws in diesem Bereich bestehen.

Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

Stv. Gernitz erkundigt sich nach dem beabsichtigten Verkauf von Wirtschaftswegen in Seppenrade.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass aktuell ein Teileinziehungsverfahren durchgeführt werde. Die Anlieger sowie die Öffentlichkeit könnten Bedenken gegen die Einziehung der Wegeflächen erheben. Über die Einziehung entscheide abschließend der Stadtrat, unter Abwägung der eingegangenen Anregungen. Nach erfolgter Einziehung sei eine Veräußerung der Wegeflächen an Anlieger beabsichtigt.

Stv. Schulze Uphoff weist darauf hin, dass die Schulbuslinienführung in der Bauerschaft Bechtrup verändert worden sei. Er regt an, das an der K 23 aufgestellte Buswartehäuschen in Richtung des angrenzenden Wirtschaftsweges zu verlegen.

Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

skB. Wagner bemängelt, dass der entlang des Regenrückhaltebeckens Ascheberger Straße angelegte Radweg zu nah entlang des Zaunes verlaufe. Die Hecke sei direkt am Fahrradweg gepflanzt worden, so dass eine Passierbarkeit des Radweges nur möglich sei, sofern die Hecke regelmäßig geschnitten werde. Derzeit rage die Hecke deutlich in den Fahrradweg hinein.

Herr Steenweg erläutert, dass bei Aufbau des Zaunes sowie bei der Anpflanzung der Hecke Zwangspunkte vorhanden gewesen seien, die eine andere Anordnung verhindert hätten.

Ausschussvorsitzender Suttrup weist zusammenfassend darauf hin, dass mehrfach der Pflegestandard städtischer Flächen bemängelt worden sei. Er bringt zum Ausdruck, dass er auf einen milden Winter hoffe, damit die durch die Sturmschäden entstandenen Rückstände aufgearbeitet werden können.

---

Thomas Suttrup  
Vorsitzende/r

---

Ellen Trudwig  
Schriftführer/in

## Anwesenheitsliste

### zur 1. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt

#### der Stadt Lüdinghausen am 26.08.2014

#### anwesend:

##### Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

##### CDU-Fraktion

Holz, Anton	
Horstmann, Heinrich	
Merten, Michael	
Schotte, Irmgard	
Schulze Meinhövel, Anja	
Schulze Uphoff, Theo	
Suttrup, Thomas	
Tüns, Dieter	

##### SPD-Fraktion

Barendregt, Kors	
Gernitz, Niko	
Havermeier, Dirk	
Weniger, Ernst-Dieter	

##### Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kostrzewa-Kock, Lothar	
------------------------	--

##### UWG-Fraktion

Wannigmann, Josef	
Wischnewski, Wolfgang Dr.	

##### FDP-Fraktion

Wagner, Wilhelm	
-----------------	--

##### von der Verwaltung

Herrmann, Björn Claas	
Steenweg, Heinz-Helmut	

Trudwig, Ellen	
----------------	--

**Entschuldigt:**

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Kortmann, Jöran	
-----------------	--